

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 03.05.2021

Kulturhaus, Freiherr-vom-Stein-Straße 9, 58511 Lüdenscheid

Anwesend:

Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Dominik Hass

Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt

Vertreter für Ratsherrn Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Josef Filipppek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Dr. Karl Heinz Blasweiler

Herr Martin Bärwolf

Herr Matthias Reuver

Herr Frank Kusmirtz

Frau Petra Noack

Herr Andreas Beckmann

Herr Michael Heinrich

Frau Martina von Schaewen

anwesend zu Tagesordnungspunkt 2
der öffentlichen Sitzung

Frau Marit Schulte

Herr Ralf Ziomkowski

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:20 Uhr

Ende: 20:48 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Informationen zur Corona-Pandemie

Bürgermeister Wagemeyer informiert zunächst über die aktuellen Inzidenzzahlen sowie über den derzeitigen Sachstand. Des Weiteren teilt er mit, welche Maßnahmen in der Zuständigkeit der Stadtverwaltung liegen würden, wie zum Beispiel die Überwachung der Quarantänemaßnahmen.

Im Anschluss führt er die Punkte auf, für die die Stadt Lüdenscheid nicht zuständig sei. Anschließend gibt er einen Überblick über die umgesetzten Maßnahmen sowohl im Hinblick auf die ergriffenen Regelungen innerhalb der Stadtverwaltung als auch auf die getroffenen Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel die Ausweitung der Maskenpflicht in der Innenstadt. Darüber hinaus weist er auf weitere Maßnahmen, unter anderem auf die Unterstützung des Märkischen Kreises bei der Test- und Impfinfrastruktur, hin. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Im Anschluss berichtet Frau von Schaewen über die Aufgaben des Fachdienstes Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Zurzeit würden elf Personen zusätzlich bei der „Corona-streife“ eingesetzt. Die Kontrollen würden in der Innenstadt mehrmals täglich in der Zeit von 08:00 Uhr bis 24:00 Uhr und an den Wochenenden bis nachts um 01:30 Uhr erfolgen. Darüber hinaus würden auch regelmäßig Kontrollen in einzelnen Stadtteilen/Außenbezirken durchgeführt. Hierbei fielen zum Beispiel regelmäßig Jugendliche in größeren Gruppen auf. Da diese Treffen meist auf weitläufigen Geländen – wie den Bereichen der Adolf-Reichwein- oder der Albert-Schweitzer-Schule – stattfinden würden, könnte ein Großteil der Jugendlichen der Streife entkommen.

In der letzten Woche seien insgesamt über 100 Verwarnungen wegen Verstößen gegen die Maskenpflicht, nicht erlaubten Zusammenkünften sowie Partys ausgestellt worden. Über 300 Verwarnungen seien zurzeit noch offen. Sobald die zugesagte Personalunterstützung aus dem Haus erfolgen würde, würden diese möglichst zügig verschickt. Insgesamt seien 54 Bußgeldbescheide ergangen, die insbesondere auf die Missachtung der Ausgangssperre zurückzuführen seien.

Ein großes Problem sei auch, dass die bei der Streife eingesetzten Personen teilweise sehr respektlos behandelt und beschimpft würden. In den Abendstunden seien daher nur noch Doppelstreifen mit zusätzlichem Wachschatz im Einsatz.

Ein weiterer Bereich seien die durchzuführenden Kontrollen bei der Einhaltung der Quarantäne. Bei den Vor-Ort-Kontrollen seien Verstöße festzustellen, diese würden mit 250 Euro geahndet. Darüber hinaus würde den unter Quarantäne stehenden Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung, zum Beispiel bei Einkäufen von Lebensmitteln, angeboten.

Zusätzlich kämen noch zahlreiche Amtshilfeermittlungen, insbesondere an den Wochenenden, hinzu.

Im Innendienst sei eine Einsatzleitung eingerichtet worden. Diese sei von montags bis freitags in der Zeit von 08:00 Uhr bis 21:00 Uhr sowie samstags von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr erreichbar.

Die umfangreichen Aufgaben seien mit den in ihrem Fachdienst tätigen Mitarbeiter/-innen nicht zu leisten. Zusätzliches Personal aus der Verwaltung würde kurzfristig zur Verfügung gestellt.

Abschließend wolle sie darauf hinweisen, dass die Inzidenzzahlen auch aufgrund der verstärkten Kontrollen sowie aufgrund der Ausgangssperre rückläufig seien. In einigen Stadtvierteln seien auch Sozialarbeiter/-innen im Einsatz, um den Bürger/-innen die AHA-Regeln zu erläutern.

In der sich anschließenden Aussprache regt unter anderem Ratsherr Filippek an, Jugendeinrichtungen für kleine Gruppen zu öffnen. Bürgermeister Wagemeyer sagt zu, dieses Thema im Stab für außergewöhnliche Ereignisse zu erörtern.

3. Betreuung und Förderung für Kinder - Planungen für den Zeitraum 2021 / 2022 / 1. Ergänzung

3.1. Anfrage des Ratsherrn Kahler vom 27.04.2021; Bedarf an Kita-Plätzen im Stadtteil Rathmecke/Dickenberg

Bürgermeister Wagemeyer informiert, dass die schriftliche Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Kahler in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.06.2021 erfolgen würde. In der heutigen Sitzung erfolge eine mündliche Teilbeantwortung durch den zuständigen Fachbereichsleiter.

Im Anschluss teilt Fachbereichsleiter Reuver folgendes mit:

Der Bedarf an Kita-Plätzen – insbesondere der Plätze für unter Dreijährige - im Stadtteil Dickenberg/Rathmecke sowie auch im Stadtteil Brügge sei der Verwaltung bekannt und stünde auch explizit als Planungsauftrag im vorliegenden Kita-Entwicklungsplan. Gespräche mit Beteiligten seien bereits erfolgt. Unter anderem hätte die evangelische Kirche mitgeteilt, dass sie ihre Kita-Landschaft neu arrondieren wolle.

Eine ausführliche Beantwortung würde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen.

3.2. Betreuung und Förderung für Kinder - Planungen für den Zeitraum 2021 / 2022 / 1. Ergänzung Vorlage: 061/2021/1

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht „Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum 2021 / 2022“ wird zur Kenntnis genommen.

Auf der Grundlage des vorliegenden, ausgewerteten Datenmaterials und der bisher geführten Trägergespräche werden im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung berichtsbezogen folgende Planungen für das KG-Jahr 2021/22 vorgeschlagen:

- Die Umsetzung der bisherigen Planungen wird weiter verfolgt.
- Die Ausbauplanung für U3 Kita-Plätze wird bis zur nächsten Fortschreibung dem aktuellen Bedarf angepasst, d. h., die Planungsquote wird von 45,7 % (Ist in 2020/2021 = 39,8 %) auf 47,3 % angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

4. Unterflurbehälter für Glas an Wertstoffsammelstellen und die damit verbundene Einführung der Pflichtpapiertonne Vorlage: 080/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Glasbehälter an den Wertstoffsammelstellen werden im Jahr 2021 im Stadtteil Rathmecke/Dickenberg, im Jahr 2022 im Stadtteil Brügge und im Jahr 2023 im Stadtteil Brüninghausen durch Unterflurbehälter ersetzt. Gleichzeitig wird die Nutzung der Papiertonne für die Bürger/-innen der Stadtteile verpflichtend eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**5. Straßen- und Wegekonzept gem. § 8a Kommunalabgabengesetz NRW (KAG)
Vorlage: 073/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Filippek nachstehenden

Beschluss:

Das in der Anlage 1 und 2 befindliche Straßen- und Wegekonzept für die Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Enthaltungen: 1

**6. Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 KomHVO
Vorlage: 087/2021**

Die Übertragungen von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gemäß § 22 KomHVO mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan 2021 werden zur Kenntnis genommen.

**7. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert über 100.000 €
Vorlage: 110/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung der in der Anlage aufgeführten Vergabeverfahren wird bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**8. Vergabe öffentliche Bestattungen
Vorlage: 113/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung des Vergabeverfahrens „Ordnungsbehördliche Bestattungen“ wird nachträglich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

9. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses an den Rat zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2019 gem. § 59 Abs. 3 GO NRW und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 Vorlage: 053/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst aufgrund des § 60 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen anstelle des Rates einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2019 zur Kenntnis.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von 599.836.002,36 € festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 9.232.831,38 € wird wie folgt verwendet:
 - Es werden Aufwandsermächtigungen in Höhe von rd. 3,44 Mio. € von 2019 nach 2020 übertragen. Eine Übersicht dieser Übertragungen wurde dem Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid am 25.05.2020 (Sitzungsdrucksache Nr. 042/2020) vorgelegt und liegt dem Jahresabschlussbericht als Anlage bei. In Höhe der nach 2020 vorgenommenen Übertragungen findet eine Entlastung des Jahresergebnisses 2019 statt. Die Übertragungen erhöhen aber die Aufwandsermächtigungen des Haushaltsjahres 2020 und belasten damit das Jahresergebnis 2020. Insofern ist zur „Deckung“ dieser Belastungen in Höhe der Übertragungen vorab eine Zuführung zur allgemeinen Rücklage erforderlich.
 - Ein Betrag in Höhe von rd. 4,72 Mio. € soll der bestehenden Sonderrücklage zur Sicherung der Herstellung des Neubaus einer Feuer- und Rettungswache zugeführt werden. Der Bestand der Sonderrücklage würde sich dadurch von 19,50 Mio. € auf 24,22 Mio. € erhöhen.
 - Rd. 1,08 Mio. € sollen in eine Sonderrücklage zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen am Neubau der Feuer- und Rettungswache zugeführt werden. Diese Anordnung erfolgte im Zuge der Korrektur des Jahresabschlusses 2019.
 - Der danach verbleibende Kleinbetrag (<1.000 €) soll der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.
4. Dem Bürgermeister wird hinsichtlich des Jahresabschlusses 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

10. Instandhaltungsmaßnahmen in und an städtischen Sportstätten
Vorlage: 100/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

11. Glasfaseranbindung Schulen
Vorlage: 097/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gespräche mit dem Anbieter zu konkretisieren und den entsprechenden Gremien einen Vorschlag zur Umsetzung möglichst in diesem Jahr zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

12. Digitalisierung der Schulen
Vorlage: 098/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt der geplanten Vorgehensweise der Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**13. Richard-Schirrmann-Realschule; hier: Maßnahmen am Schulstandort und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 096/2021**

Ratsherr Fröhling führt aus, dass die in der Vorlage aufgeführten Planungen aus dem Jahr 2018 stammen würden. Die Schule hätte sich in der Schulkonferenz entschieden, den gebundenen Ganzttag wieder aufzugeben. Die CDU-Fraktion spräche sich daher dafür aus, die Umbauplanungen für die Schule an die aktuellen Begebenheiten anzupassen. Eine Beschlussfassung sollte erst nach Überarbeitung der Planungen erfolgen.

Ratsherr Voß bittet zu bedenken, dass die Schule zurzeit über keine geeigneten Räumlichkeiten für Veranstaltungen verfügen würde. Bei einer Ertüchtigung der Turnhalle als Versammlungsstätte würde die Schule zukünftig über einen Aula ähnlichen Raum verfügen. Er plädiere – auch im Hinblick auf eine Verbesserung der Übermittagsbetreuung – dafür, diesen Bereich entsprechend herzurichten.

Ratsherr Holzrichter schlägt vor, über den Punkt 1 sowie über die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses stimmen diesem Vorschlag zu.

Im Anschluss stimmt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit gegen den folgenden

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung beschriebenen Umbaupläne – unabhängig von der möglichen Abschaffung des gebundenen Ganztags – umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 7

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehende

Beschlüsse:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die anlassbezogene Schulentwicklungsplanung vorzulegen und die entsprechenden Abstimmungen mit der Bezirksregierung hinsichtlich der schulorganisatorischen Vorgehensweise vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird bereits jetzt beauftragt, ein Konzept für eine pädagogische Übermittagsbetreuung zu erarbeiten und zur weiteren Beratung bzw. Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**14. Deckblattverfahren für 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Kruckel-Dauersberg, Abschnitt Ochsenkopf-Attendorf; Antrag auf 2. Planänderung gem. § 73 (8) VwVfG NRW
Vorlage: 081/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst aufgrund des § 60 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen anstelle des Rates einstimmig folgenden

Beschluss:

Der geplanten Trassenführung wird unter dem Vorbehalt des ökologischen und forstlichen Ausgleichs bis auf die Leitungsführung im Bereich Wettringhoff zugestimmt. Hier fordert die Stadt Lüdenscheid die Bezirksregierung als Planfeststellungsbehörde auf, den zwischen der Fa. Amprion und der Stadt Lüdenscheid im Jahr 2012 vereinbarten Mindestabstand von 118 m zum Ortsrand der Wohnbebauung Wettringhoff zu realisieren. Die Übernahme der DB-Leitung auf die neue Leitung wird ausdrücklich begrüßt. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine entsprechende Stellungnahme im Verfahren bei der Planfeststellungsbehörde abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**15. Einführung einer Grünkampagne als ein Instrument der Biodiversitätsförderung
Vorlage: 092/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Auflegung und Etablierung einer Grünkampagne zur Bekanntmachung, Information und Mitnahme der Bürger/innen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. Unterschiedliche Maßnahmen zur Klimaanpassung und Biodiversität können unter der Grünkampagne subsumiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**16. Erstellung eines Klimafolgenanpassungskonzeptes
Vorlage: 094/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung verschiedener Möglichkeiten zur Erstellung eines Klimafolgenanpassungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**17. Begründung eines klimastabilen Waldes im Stadtpark der Stadt Lüdenscheid im Zusammenhang mit der nordamerikanischen Klimapartnerschaft
Vorlage: 095/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine klimastabile Waldparzelle im Stadtpark der Stadt Lüdenscheid, als Symbol der Verbundenheit zu den Klimapartnern aus Minnesota, soll begründet und in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

18. Antrag der CDU Fraktion vom 22.02.2021 zur Prüfung von Abwasser-Vermeidung

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur Vermeidung/Reduzierung von Abwasser - ggf. auch in Zusammenarbeit mit dem SELH aufzuzeigen sowie die Möglichkeiten einer entsprechenden Beratung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**19. Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2021;
Zuschuss an die LSM GmbH zur Unterstützung der Gastronomie, des Einzelhandels und der lokalen Künstler**

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf die nächste Sitzung im Juni mit folgenden Ergänzungen vertagt würde.

1. Vorschlag der Gegenfinanzierung
2. Vorstellung der geplanten Maßnahmen durch Herrn Westermann in dieser Sitzung

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lüdenscheid stimmen dem zu.

**20. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 18.03.2021;
Prüfauftrag zur Identifizierung von brachliegenden Gewerbeflächen**

Nach Vortrag durch Ratsherrn Filippke teilt Ratsherr Voß mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen würde, da aus ihrer Sicht die Erstellung eines Katasters über leerstehende Gewerbeflächen zu kurz gegriffen sei. Ein Großteil der brachliegenden Flächen, wie zum Beispiel in der Rahmede, könnten nicht mehr als Industriefläche genutzt werden.

Anschließend lehnt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 11

21. Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.04.2021; Prüfantrag "Besetzung aller Fachbereichsleitungsstellen mit Beigeordneten"

Ratsherr Filippek geht zunächst auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Änderung des § 12 der Hauptsatzung ein.

Im Anschluss kritisiert Ratsherr Appelt, dass in der Begründung des gemeinsamen Antrags der CDU- und SPD-Fraktion in keiner Weise auf die Interessen der Bürger/-innen oder das Wohl der Stadt Lüdenscheid eingegangen würde.

Ratsherr Voß teilt mit, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag handeln würde. Des Weiteren weist er darauf hin, dass – sollte sich der Haupt- und Finanzausschuss für die Besetzung aller Fachbereichsstellen mit Beigeordneten entscheiden – im Verwaltungsvorstand dann neben dem Bürgermeister weitere fünf stimmberechtigte Mitglieder vertreten seien. Dieses würde seiner Auffassung nach zu mehr Demokratie führen. Hinzu käme, dass die Beigeordneten vom Rat gewählt würden und diesem gegenüber auskunftspflichtig seien. Beigeordnete seien im Übrigen berechtigt, ihre abweichenden Meinungen gegen Beschlüsse des Verwaltungsvorstandes in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs dem Haupt- und Finanzausschuss vorzutragen. Aus diesen Gründen spricht sich die SPD-Fraktion für die Besetzung der Fachbereiche mit Beigeordneten aus. Die Ergebnisse des Prüfauftrages könnten in die Diskussion bei der vorgesehenen Verwaltungsstrukturreform mit einfließen.

Ratsherr Holzrichter führt aus, dass bei einer Besetzung sämtlicher Fachbereiche mit Beigeordneten ein Kompromiss aufgekündigt würde, der eine Balance zwischen den Interessen der beiden großen Ratsfraktionen und einer sachorientierten Arbeit im Verwaltungsvorstand darstelle. Er teile nicht die Meinung, dass der Verwaltungsvorstand mit fünf Beigeordneten für mehr Demokratie stehen würde. Aus seiner Sicht könnten die Fachbereichsleiter in den Sitzungen des Verwaltungsvorstandes durchaus ihre Meinungen vertreten und diese würden auch in die Entscheidungen des Verwaltungsvorstandes einfließen. Ihm sei auch nicht bekannt, dass es jemals in Lüdenscheid dazugekommen sei, dass ein Wahlbeamter gegenüber einem anderen Wahlbeamten oder dem Bürgermeister gegenüber eine abweichende Meinung zu Protokoll gegeben hätte. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die zwei Fachbereichsleiter gute Arbeit leisten würden. Aus seiner Sicht gebe es daher überhaupt keinen Grund, diesem Modell das Vertrauen zu entziehen. Er werde gegen den Prüfauftrag sowie auch gegen eine spätere Änderung der Hauptsatzung hinsichtlich der Installation von weiteren Beigeordneten stimmen.

Ratsherr Fröhling schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Voß an. Er wolle aber noch einmal betonen, dass es sich hierbei zunächst um einen Prüfauftrag handeln würde.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über die Anträge abstimmen.

21.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 30.04.2021; Änderung des § 12 der Hauptsatzung

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 12

21.2. Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.04.2021

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid bei drei Gegenstimmen der Ratsherren Appelt, Holzrichter und Filipek folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, wie, wie schnell und zu welchen finanziellen Auswirkungen es erreicht werden kann, dass die Fachbereiche 4 und 5 sowie der neu zu gründende Fachbereich 6 künftig von Beigeordneten geleitet werden. Die Ergebnisse der Prüfung stellt die Verwaltung im nächsten Haupt- und Finanzausschuss dar.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 3

22. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2021 sowie der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2021; Ausstattung von Schulen und KiTas mit RLT-Anlagen mit Wärmerückgewinnung

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid spricht sich einstimmig für den Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine grobe Kostenschätzung für den Einbau von RLT-Anlagen mit Wärmerückgewinnung in Schulen und KiTas der Stadt vorzunehmen. Hierbei soll keine präzise Kalkulation, sondern eine vereinfachte Schätzung durchgeführt werden. Es könnte z. B. je eine Grundschule, eine weiterführende Schule und eine KiTa exemplarisch untersucht werden und die überschlägig ermittelten Kosten dann auf den Gesamtbestand vergleichbarer Gebäude hochgerechnet werden.

Die vorgeschlagene Finanzierung (Einsparung von Energiekosten, öffentliche Förderprogramme) ist ebenfalls zu untersuchen, um die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme beurteilen zu können.

Die Ergebnisse sind dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**23. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Beteiligungsunternehmen: Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband
Vorlage: 117/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

In die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Lüdenscheid und Halver sowie der Gemeinden Herscheid und Schalksmühle wird als Vertreterin für Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting Ratsfrau Ilona Bartocha gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**24. Umbesetzung von Ausschüssen;
hier: Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie und Bau- und Verkehrsausschuss
Vorlage: 107/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wählt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid

in den Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsfrau Julia Decker als ordentliches Mitglied anstelle von Ratsherrn Otto Bodenheimer
und

in den Bau- und Verkehrsausschuss

Ratsfrau Ilona Bartocha als ordentliches Mitglied anstelle von Ratsherrn Otto Bodenheimer.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**25. Allgemeine Vertretungsliste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 109/2021**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied.

Allgemeine Vertretungsliste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christan Scheider

Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christan Scheider

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Bau- und Verkehrsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Haupt- und Finanzausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha

Integrationsrat

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha

Interessenvertretung Menschen mit Behinderungen

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appel
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Kulturausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker

Schulausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christan Scheider

Sportausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker

Stadtplanungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christan Scheider

Werksausschuss STL

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttenbreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

26. Umbesetzung des Arbeitskreises Feuerwehrgebäude Vorlage: 108/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Als Mitglied des Arbeitskreises Feuerwehrgebäude wird Ratsfrau Ilona Bartocha anstelle von Ratsherrn Otto Bodenheimer benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

27. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2021 - Corona-Schutzmaßnahmen; hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Vorlage: 099/2021

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst aufgrund des § 60 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen anstelle des Rates einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird die nachstehende von Bürgermeister Sebastian Wagemeyer und Ratsherrn Oliver Fröhling am 10.03.2021 nach § 60 Absatz 1 Satz 2 gefasste Dringlichkeitsentscheidung genehmigt:

Der außerplanmäßigen Bewilligung von weiteren 210.000 € bei 02.01.01 – 5281090/7281090 – Schutzmaßnahmen-Corona – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

28. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen Haushaltsjahre 2020/2021 Vorlage: 105/2021

Die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2020 und 2021 werden zur Kenntnis genommen.

29. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2021; Ordnung und Sicherheit im Öffentlichen Raum

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag zunächst zurückziehen werde, damit sich die Fraktionen in ihren Sitzungen hierzu beraten könnten.

Des Weiteren solle zunächst beobachtet werden, wie sich die Inzidenzen entwickeln und welche Lockerungen dann möglich seien. Über die personelle sowie technische Ausstattung müsse noch einmal gesondert beraten werden.

30. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2021 sowie der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2021; Entschließungsantrag zur Umgestaltung des Kulturhausgartens

Bürgermeister Wagemeyer teilt zunächst mit, dass die Verwaltung die Bürgerbeteiligung noch nicht eingeleitet hätte, da es zwar eine mündliche Förderzusage gäbe, aber noch kein schriftlicher Förderbescheid vorliegen würde.

Es würde folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

Der Antrag der CDU-Fraktion zu 2. und 3. soll wie folgt umformuliert werden:

Die Bürgerbeteiligung wird unverzüglich nach Vorlage des schriftlichen Förderbescheids eingeleitet.

Darüber hinaus soll zu 4. zunächst der Änderungsantrag der FDP-Fraktion Berücksichtigung finden:

Die politische Begleitung des Prozesses wird dem Haupt- und Finanzausschuss übertragen.

Nach der sich anschließenden Aussprache fasst der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

abweichenden Beschluss:

zu 2. und 3.:

Die Bürgerbeteiligung wird unverzüglich nach Vorlage des schriftlichen Förderbescheids eingeleitet.

zu 4.:

Die politische Begleitung des Prozesses wird dem Haupt- und Finanzausschuss übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**31. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.04.2021;
Neubesetzung der Geschäftsführer-Position der EGC GmbH**

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag zurückgezogen hätte, da die Verwaltung für die Sitzung im Juni einen entsprechenden Vorschlag zugesagt habe.

**32. Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2021;
Errichtung von Wohnmobilstellplätzen**

Ratsherr Voß führt aus, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf die Sitzung im Juni aufgrund des zugesagten Vortrags durch Herrn Westermann auch zum Thema „Stellplätze für Wohnmobile“ verschoben werden soll.

**33. Antrag der FDP-Fraktion vom 27.04.2021;
Solaranlage auf dem Dach der neuen Musikschule Lüdenscheid**

Nach Vortrag durch Ratsherrn Bartsch begründet Ratsherr Holzrichter den Antrag der FDP-Fraktion.

Des Weiteren schlägt er vor, Punkt 1 des Antrages wie folgt zu ergänzen:

„Ferner darf die Errichtung einer Solaranlage die für den Neubau der Musikschule bewilligten Fördermittel nicht gefährden.“

Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Antrag inklusive der Ergänzung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

ergänzten Beschluss:

1. Die Stadt Lüdenscheid prüft, ob die Möglichkeit einer finanziellen Förderung einer Solaranlage auf dem Dach der neuen Musikschule Lüdenscheid besteht. Insbesondere untersucht sie dabei die in der Antwort der NRW Landesregierung vom 09.04.2021 auf die Anfrage von Gordan Dudas MdL erwähnten Photovoltaik-Förderbausteine. **Ferner darf die Errichtung einer Solaranlage die für den Neubau der Musikschule bewilligten Fördermittel nicht gefährden.**

2. Kommen die Fördermittel des Landes für die Errichtung einer Solaranlage auf dem Dach des Neubaus der Musikschule nicht in Frage oder zu spät, sind die in der genannten Antworten aufgeführten „verschiedenen Förderprogramme des Bundes, die Investitionen in Solaranlagen finanziell unterstützen“ zu prüfen.

3. Als dritte Möglichkeit ist die Errichtung einer solchen Anlage durch einen Dritten in Betracht zu ziehen, wie unweit der Baustelle bereits auf städtischen Gebäuden geschehen (Stadtwerke Lüdenscheid auf der Pausenhalle der Staberger Gymnasien, Bürger-Energie Lüdenscheid eG auf der Parkpalette Corneliusstraße).

4. Dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ist in seiner Sitzung am 02.06.2021 über das Ergebnis der Prüfungen zu 1 bis 3 zu berichten, ersatzweise dem Rat in seiner Sitzung am 28.06.2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

34. Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2021; Landesregierung muss Eltern endlich entlasten - Keine Elternbeiträge für eingeschränkte Leistungen

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass der Antrag der SPD-Fraktion zurückgestellt würde. Zurzeit liefen intensive Verhandlungen zwischen dem Familienministerium NRW und dem Deutschen Städtetag hinsichtlich der Entlastung der Eltern.

Der Haupt- und Finanzausschuss hätte am 25.01. 2021 bereits den Vorratsbeschluss gefasst, dass für weitere Zeiträume die Elternbeiträge - in Analogie zur Erlasslage der Landesregierung NRW - ebenfalls ausgesetzt würden.

Es sei davon auszugehen, dass die Landesregierung NRW in Kürze hierzu eine Entscheidung treffen würde.

Die Verwaltung würde Punkt 3 des Antrages der SPD-Fraktion nachkommen und der Landesregierung die Aufforderung des Rates übermitteln, kurzfristig einen Erlass bzw. eine Erstattung der Elternbeiträge für die Monate mit eingeschränktem Betrieb zu beschließen und die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen. Zusätzlich würde der Deutsche Städtetag angeschrieben.

Gegebenenfalls könne bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.05.2021 über den aktuellen Sachstand berichtet werden.

35. Resolution "Coronabedingter Finanzausgleich"

Nach Vortrag durch Ratsherrn Voß und anschließender Erörterung lässt Bürgermeister Wagemeyer über die Resolution abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst aufgrund des § 60 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen anstelle des Rates bei fünf Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die folgende Resolution und beauftragt den Bürgermeister, die Resolution der Landes- und Bundesregierung sowie den örtlichen Mitgliedern des Landtags und Bundestags zur Kenntnis zu geben und auf eine entsprechende Umsetzung zu drängen.

Resolution:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fordert das Land Nordrhein-Westfalen und den Bundestag auf, die Kommunen wegen der coronabedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben nachhaltig zu unterstützen und damit die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Bund und Land Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert,

- die Mindereinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer bis 2024 auszugleichen,
- sich an einer Lösung für die hohe Belastung mit Kassenkrediten (Schlagwort „Altschulden“) zu beteiligen, über die eine Entschuldung der Kommunen ohne finanzielle Überforderung erfolgen kann,
- ein Investitionsprogramm für Kommunen aufzulegen, das merklich zur Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft beiträgt, die kommunale Infrastruktur stärkt, die Defizite in der Digitalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge behebt, den ökologischen Umbau zu einer klimaschonenden Wirtschafts- und Lebensweise in den Kommunen unterstützt sowie die infrastrukturellen Defizite im Bildungsbereich ausgleicht.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, die Aufstockung der Masse des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2021 um rund 943 Millionen Euro nicht wie vorgesehen als Kredit, sondern als Zuschuss zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Enthaltungen: 5

36. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

36.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

36.2. Beantwortung von Anfragen

Beantwortungen liegen zum Teil zu den schriftlichen Anfragen unter Punkt 36.3 vor.

36.3. Anfragen

36.3.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.03.2021 sowie deren Beantwortung; Nutzung der Luca-App für alle städtischen Einrichtungen

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

36.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.03.2021; Lokale Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Eine mündliche Beantwortung der Anfrage erfolgte unter Punkt 2 der öffentlichen Tagesordnung „Informationen zur Corona-Pandemie“. Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

36.3.3. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Kahler vom 27.04.2021; Covid-Tests in KiTas

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass in der heutigen Sitzung eine mündliche Teilbeantwortung durch den zuständigen Fachbereichsleiter erfolgen würde.

Fachbereichsleiter Reuver geht zunächst auf die Frage ein, wie hoch die Verwaltung die Quote der Familien einschätze, die ihre Kita-Kinder tatsächlich zwei Mal oder häufiger je Woche testen würden? Aus Sicht der Verwaltung sei eine seriöse Antwort auf diese Frage nur schwer möglich.

Auf die Frage, ob die Stadt eigenen Einrichtungen und Kitas freier Träger dabei behilflich sein könne, kindgerechte Covid-Tests zu beschaffen, teilt er mit, dass es sich zum Beispiel bei den „Lolli-Tests“ um PCR-Tests handeln würde. Das Land NRW würde zurzeit planen, diese Tests an den Grundschulen einzusetzen. Für KiTa-Einrichtungen seien diese Tests aufgrund der fehlenden Testkapazitäten und der Probleme bei der Logistik vom Land nicht vorgesehen.

Hier müsse dann auf lokaler Ebene geprüft werden, wie viele Kinder betroffen wären und ob genügend Testkapazitäten vorhanden seien.

Zu der Frage, ob die Möglichkeit zur Einführung einer lokalen Testpflicht für Kita-Kinder in Lüdenscheid bestehe, verweise er unter anderem auch auf den Vortrag des Bürgermeisters in der heutigen Sitzung hinsichtlich der Zuständigkeiten bzw. der festgelegten Grenzen für Kommunen.

Es sei zudem aus rechtlicher Sicht zweifelhaft, ob der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsort durch eine lokal verordnete Testpflicht ausgesetzt werden könne. Da es keine Kitapflicht gäbe, sei außerdem zu befürchten, dass bei einer Testpflicht bestimmte Kinder nicht mehr in die Einrichtungen kommen, die aus Sicht der Jugendhilfe aber zwingend dort betreut und beobachtet werden müssten.

Eine umfassende schriftliche Beantwortung würde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.06.2021 vorgelegt.

Die schriftliche Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

gez. Wagemeyer
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin